



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW zum Wohnpaket: „Beschlüsse zum Mietrecht sind widersprüchlich und erschüttern Vertrauen“

Berlin, 19. August 2019 – „Die Beschlüsse der Bundesregierung zum Mietrecht sind widersprüchlich und bieten keine Lösung für mehr bezahlbaren Wohnraum. Im Gegenteil: Bei den Mietern werden falsche Hoffnungen geschürt. Zudem wird das Vertrauen von Vermietern, Bauherren und Investoren in die Politik stark erschüttert“, kritisiert BFW-Präsident Andreas Ibel die gestrigen Beschlüsse des Koalitionsausschusses für ein sogenanntes Wohnpaket.

Die Eckpunkte sehen eine Verschärfung und Verlängerung der Mietpreisbremse bis 2025 vor. Zudem soll der Bezugszeitraum zur Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete von vier auf sechs Jahre verlängert und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen eingeschränkt werden.

„Mietpreisbremse ohne Neubauförderung ist eine Farce“

„Es ist eine Farce, dass die Mietpreisbremse auf zehn Jahre verlängert wird, obwohl die Länder und Kommunen beim Neubau nicht geliefert haben“, kritisiert Ibel. Laut BGB §556d war die Mietpreisbremse ursprünglich lediglich als ergänzendes, befristetes Instrument geplant, damit der Wohnungsmarkt in der Zwischenzeit durch Fördermaßnahmen wieder angekurbelt werden kann. „Die sinkenden Baugenehmigungszahlen zeigen: Passiert ist hier fast nichts!“

„Mietspiegel wird zum politischen Wunschbild“

„Auch die Verlängerung des Bezugszeitraumes für den Mietspiegel geht in die völlig falsche Richtung“, sagt der BFW-Präsident. Schließlich hatte Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigt, den Mietspiegel künftig realistischer darzustellen. „Durch die Einbeziehung von älteren Mieten werden Mietspiegel zu politischen Wunschbildern, die nichts mehr mit der Realität des Wohnungsmarktes zu tun haben. Hier wird die schlechte Wohnungsbaupolitik von Bund, Ländern und Kommunen schöngefärbt. Die Folgen sind absehbar: Mehr Rechtsunsicherheit für Mieter und Vermieter und ein Beschäftigungsprogramm für Rechtsanwälte und Gerichte!“

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

„Berlin wird zum Versuchslabor für Phantastereien“

Ibel zeigt sich alarmiert, dass die Bundesregierung nicht gegen die geplanten Mietrechtseingriffe in Berlin einschreitet. „Statt für mehr Rechtsunsicherheit durch neue Eingriffe zu sorgen, muss die Bundesregierung dringend für eine Klärung der Mietrechts-Kompetenzen zwischen Bund und Ländern sorgen. Sonst wird Berlin zum Versuchslabor für Phantastereien einer staatlichen Preiskontrolle. Dieses planwirtschaftliche Experiment geht auf Kosten von Millionen MieterInnen“, sagte Ibel und forderte: „Die Bundesregierung muss dringend ein Bund-Länder-Streitverfahren einleiten, um die Frage der Gesetzgebungskompetenz zu klären“.

Weg ins Wohneigentum wird versperrt

„Beständiges Herumdoktern am Mietrecht sorgt nicht für mehr bezahlbaren Wohnraum - das erreichen wir nur mit einer Ausweitung des Angebots“, resümiert Ibel und ergänzt: „Zudem verstellt die Mietrechts-Diskussion den Blick auf ein weiteres Problem: Die meisten Menschen konnten die Niedrigzinsphase bisher nicht nutzen, um selbst Wohneigentum zu erwerben. Wenn die Umwandlung von Miet- und Eigentumswohnungen nun weiter begrenzt wird, werden die Kaufpreise für die wenigen verfügbaren Wohnungen weiter ansteigen. So bleibt vielen Menschen der Weg ins Eigentum auch künftig versperrt.“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de